

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

54. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 16. Dezember 1916

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinserte usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verhäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 145

Kundgebung

an die Mitglieder der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker

Der Tarifausschuß hat auf Vorschlag des Tarifamts vom 2. Dezember 1916 in Angelegenheit

der Gewährung von Teuerungszulagen und der Erhöhung der Druckpreise

die nachstehenden beiden Beschlüsse gefaßt:

1. Die den Gehilfen zugestandenen Teuerungszulagen — veröffentlicht in der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ in Nr. 77 vom 17. Oktober und im „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“ in Nr. 126 vom 31. Oktober — sind von der ersten Lohnwoche im Oktober ab allen tariftreuen Gehilfen zu zahlen, weil die Gehilfen dieser Mindestzulagen zu ihrem Lebensunterhalt unbedingt bedürfen. Bei Bemessung der Teuerungszulagen gilt als Wochenlohn der Grundlohn des betreffenden Gehilfen; die Entschädigungen für Überstunden und nicht regelmäßige Nacharbeit gehören nicht zum Grundlohn.

Die Teuerungszulage ist jedem Gehilfen für die jeweilige Dauer des Arbeitsverhältnisses anteilig zu zahlen, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob im Falle der Lösung des Arbeitsverhältnisses der Prinzipal oder der Gehilfe gekündigt hat, oder ob das Arbeitsverhältnis durch Krankheit unterbrochen wurde.

2. Die in der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ in Nr. 81 vom 3. November 1916 bekanntgegebene Erhöhung der Druckpreise um 25 bzw. 30 Proz. wird als Erhöhung des Druckpreistarifs anerkannt und ist von allen tariftreuen Prinzipalen vom Tage dieser Bekanntgabe an zu fordern. Die Durchführung dieser Erhöhung als Kriegsausschlag für Druckerarbeiten wird, auch bei laufenden Druckverträgen, für angemessen und erforderlich erklärt. Diese Erhöhung der Druckpreise ist begründet durch die entsprechend veränderten Lohn- und Preistarifverhältnisse, hervorgerufen durch den Krieg und seine Folgen.

Diese beiden Beschlüsse der maßgebenden tariflichen Organe sind von den Mitgliedern der Tarifgemeinschaft einer Tarifänderung gleich zu achten und als Anordnungen und Entscheidungen im Sinne des § 82d Ziffer 4c zu befolgen.

Für die ausführenden Organe der Tarifgemeinschaft gelten diese Entscheidungen zur Richtschnur bei Beurteilung und Entscheidung von Klagen und Beschwerden, die den Schiedsinstanzen oder Beschwerdeadämtern zugehen sollten.

Alle früher in diesen beiden Angelegenheiten ergangenen Kundgebungen gelten gleichzeitig als aufgehoben.

Begründung:

Im Dezember 1915 sind die Tarifparteien der Anregung des Geschäftsführers des Tarifamts gefolgt und haben sich mit der Verlängerung der Tarisdauer zunächst auf ein weiteres Jahr einverstanden erklärt. Der Tarifausschuß ist dieser Entschliebung der Tarifparteien durch eine entsprechende Beschlusfassung im März 1916 beigetreten.

Die Gehilfenpartei ist dieser Anregung nur unter der Bedingung gefolgt, daß sich die Prinzipalspartei freiwillig zur Zahlung einer Lohnerhöhung oder einer Teuerungszulage entschiebe, die den außerordentlich veränderten Lebensbedingungen einigermaßen entspreche. Diese Bedingung wurde von der Prinzipalspartei angenommen; die freiwillige Gewährung einer Teuerungszulage wurde zugestanden und von der Gehilfenpartei vertrauensvoll angenommen. Das Erluchen auf Zahlung derselben hat der Tarifausschuß mit seinem Beschluß auf Verlängerung der Tarisdauer demgemäß verbunden.

Die Prinzipalspartei, der aus der Verlängerung der Tarisdauer keinerlei materieller Nutzen entstand, sah sich infolge der ganz enormen Preissteigerung aller für Herstellung von Druckerarbeiten unentbehrlichen Materialien gezwungen, die im Buchdruckpreistarife festgesetzten Herstellungspreise zu erhöhen. Es geschah dies in einem sehr mäßigen Aufschlage, der weder die Verteuerung der zum Druck erforderlichen Materialien noch die erhöhten Lohnsätze ausgleichen konnte. Beide Maßnahmen: die Gewährung einer Teuerungszulage an die Gehilfen neben einer allgemein vor sich gegangenen Lohnsteigerung und die Erhöhung der Druckpreise im April 1916, erwiesen sich bald darauf als nicht mehr ausreichend; die Verteuerung der Lebensmittel sowohl, als aller zum Druck erforderlichen Materialien bewegte sich ständig in aufwärtssteigender Linie, so daß weder die Gehilfen mit ihrem Lohne noch die Prinzipale mit ihren Druckpreisen auskommen konnten.

Die Folge davon war, daß die Organisationen der Prinzipale und Gehilfen, als die Träger der Tarifgemeinschaft, von neuem auf eine Anpassung an die veränderten Lebens- und Arbeitsbedingungen drangen, indem die Gehilfenorganisationen eine nochmalige entsprechende Erhöhung der Teuerungszulagen verlangten, während für die Prinzipalsorganisation eine weitere Erhöhung der Druckpreise unbedingt erforderlich war.

Nach beiden Richtungen hin sind entsprechende Beschlüsse erfolgt. Dagegen ist die Durchführung derselben keine allgemeine geworden, was aus den viel-

fachen berechtigten Klagen beider Tarifparteien hervorgeht. Bezüglich der Teuerungszulagen vertritt noch heute ein Teil der Prinzipale die Meinung, daß die Gewährung der Teuerungszulagen überhaupt oder in der beschlossenen Höhe ihre eigne Angelegenheit sei.

Einer solchen Haltung gegenüber ist festzustellen, daß die Verlängerung der Tarisdauer untrennbar verbunden war mit der Gewährung einer Teuerungszulage an die Gehilfen. Eines wie das andre geschah zwar durch freiwillige Entschliebung der Tarifparteien, keinesfalls aber sollte die Gewährung oder Nichtbewilligung einer Teuerungszulage der Entschliebung des einzelnen Prinzipals anheimgestellt werden. Die Teuerungszulagen sollten, um die geordneten Tarifverhältnisse aufrechtzuerhalten, ein freiwilliges Zugeständnis der Gesamtheit der tariftreuen Prinzipale an die Gehilfenschaft sein. Tarifverlängerung und Teuerungszulagen wurden miteinander kompensiert.

Der Gehilfenschaft und den ausführenden Tariforganen wird demgegenüber vielfach von Prinzipalseite entgegengehalten, daß die noch nicht vollständige Durchführung der Erhöhung der Druckpreise seitens einer ansehnlichen Reihe von Firmen einer Gewährung der Teuerungszulagen hindernd im Wege stehe. Auch die Prinzipalsorganisation führt in diesem Sinne Klage.

Das Tarifamt ist davon überzeugt, daß die allgemeine Durchführung beider Beschlüsse unbedingt notwendig ist, wenn Prinzipalen und Gehilfen das Durchhalten während des Kriegs ermöglicht sein und wenn der ebenso notwendige Frieden im Gewerbe erhalten bleiben soll. In einer von so gewaltigen wirtschaftlichen Erschütterungen durchtosten Zeit kann ein auf sozialer Grundlage beruhendes Gesetz, das für den gewerblichen Frieden in Friedenszeiten geschaffen worden ist, in seinen Bestimmungen nicht erstarren, sondern es muß die Beweglichkeit zeigen, sich völlig veränderten Verhältnissen anpassen zu können.

In einer Reihe von Beschlüssen, gestützt auf die nach § 87 des Tarifs ihm zustehenden Obliegenheiten, hat das Tarifamt während der Dauer des Kriegs die Erledigung aller den Tarif betreffenden Angelegenheiten in die Hand genommen und hat diejenigen Maßnahmen getroffen, die unter Aufrechterhaltung der Tarifgemeinschaft die Anpassung an die veränderten Arbeitsverhältnisse gestatten.

Auf Grund dieser ihm zustehenden Rechte und Pflichten sieht sich der Tarifausschuss gezwungen, die Gewährung von Steuerzulagen und die Erhöhung der Druckpreise den Mitgliedern der Tarifgemeinschaft auf Pflicht zu machen. Die Erfüllung dieser Beschlüsse und Vereinbarungen der Träger der Tarifgemeinschaft müssen erfolgen, wenn Prinzipale und Gehilfen während dieser Zeit miteinander weiter durchhalten wollen; das aber liegt nicht nur im persönlichen Interesse der Mitglieder der Tarifgemeinschaft, sondern im

Interesse des Gewerbes und des schwer um seine Existenz kämpfenden Vaterlandes.

Der Tarifausschuss erwartet von den Mitgliedern der Tarifgemeinschaft das für Durchführung dieses Beschlusses erforderliche Wohlwollen und Verständnis.

Mit der Durchführung dieses Beschlusses und der Aufstellung etwa erforderlicher Ausführungsbestimmungen wird das Tarifamt beauftragt.

Berlin, 9. Dezember 1916.

Im Auftrage des Tarifausschusses:

Das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Rudolf Wlstein
Prinzipalvorsitzender.

O. S. Giesecke
Gehilfenvorsitzender.

Paul Schliebs
Geschäftsführer.

Uns dem Inhalte dieser Nummer:

Ausdehnung an die Mitglieder der Tarifgemeinschaft betreffs Verpflichtung zur Gewährung von Steuerzulagen und zur Erhöhung der Druckpreise.

Zirkel: Nach der Entschleierung der „Papiernot“. — Neue Ziele, neue Wege, V.

Gewerkschaftsleben: Kündigung der Tarifverträge im Schneidergewerbe. — Genußkonferenz im Zimmererverband. — Weihnachtserleichterungen der Gewerkschaften. — Öffener Brief der englischen Seemannsunion an die Internationale Seemannsarbeiterföderation. — Verlegung der internationalen Gewerkschaftskonferenz. — Holländischer Gewerkschaftskongress. — Österreichischer Gewerkschaftskongress und Arbeiterlag.

Korrespondenzen: Berlin. — Werkhöfen. — Jassai. — Weipzig. Rundschau: Von Buchdrucker Art. — Schapparat für Weib- und Einbände. — Erscheinen der Zeitungen an den Weihnachtsfeiertagen und zu Neujahr. — Weihnachtsgeschenke im Deutschen Buchgewerbehaus zu Leipzig. — Erhöhung der Zeitungspauschale. — Zeitungseinstellungen. — Redaktions- für Papierholz. — Statistisches über das Zeitungswesen. — Von der Gewerkschaft für Soziale Reform. — Widerrufe aus historischem Holz.

Literarisches: „Kriegsjahr.“

Nach der Entschleierung der „Papiernot“

Das Eingekleidnis in dem Rundschreiben des Vereins sächsischer Papierfabrikanten vom 30. Oktober d. J. (siehe „Korr.“ Nr. 128), daß eine Papiernot gar nicht vorhanden und deshalb die Einschränkung des Papierverbrauchs unnötig sei, hat in allen Verbraucherkreisen Unwillen und Enttäuschung hervorgerufen. Wie nun allenthalben einleuchtende Kritik und Gegenüberlegung haben den Scheitern von der sogenannten Papiernot hinweggezogen. Das Buchdruckgewerbe im Besonderen hat durch die hohen Papierpreise und dadurch bedingte Verbrauchseinschränkungen, wirtschaftlichen Schaden erlitten; mancher Druckauftrag unterblieb. Der Vorwurf gegen die deutsche Papierindustrie, daß die im vorigen Winter einleuchtenden Klagen über Mangel an Rohmaterial nur einer gerissenen Preistreiberie gedient haben, hat sich als berechtigt erwiesen.

Es soll, so heißt es jetzt entschuldigend, damals gar kein wirklicher Mangel an Rohstoff gewesen sein, „nur die Befürchtung einer solchen sei ausgesprochen“. Die Verbraucher haben mit ihren Angstankäufen diesen Zustand allerdings begünstigt. Wenn heute, nach einem betriebsvollen und blühenden Geschäftsjahr und nach Anfüllung der Papierlager bei einem zurückhaltenden Verbrauch in der Papierindustrie die Gefahr einer Beeinträchtigung der ganz enormen Gewinne aufsteigt, so lassen die künftlichen Ausreden und hochtönenden Worte von der Notwendigkeit wirtschaftlicher Gesundheit eines Industriezweiges in den Abwehrartikeln der „Papierzeitung“ ein recht schlechtes Gewissen verraten.

Es heißt da z. B.: Bisher sei es in aller Welt keine Schande, sich keine redliche Arbeit auf bezahlen zu lassen, und die Erwartung, daß nun nach Ende der Papiernot und mit der Einschränkung des Verbrauchs im Zeitungsgewerbe, bei den Behörden und Schulen usw. die Preise sinken werden (oder wie die „Zeitschrift“ sagt: „ble früher im Papierhandel üblich gewesenen soliden Grundätze wieder einführen“), werde sich nicht erfüllen, da die Verbände der Papiergattungen selbst auf die Gefahr nicht voller Beschäftigung angewiesene (wohl die jetzt erwücherten) Preise durchhalten werden. Ihre Preise seien ja beizubehalten — denn, so wird physisch geschlußfolger, solche Verbände wären ja nur dann lebensfähig, wenn sie keine übertriebenen Preise fordern. Es könnte daher eher mit einem Vorziehen des Papiermarktes und mit einem Anziehen der Preise statt mit einem Nachlassen geredet werden.

Das ist die höhnende Antwort der Papiermacher, mit der sie auf die entrückelten Artikel der „Fach-“ und „Lages-“ presse eingehen.

Eine Provinzzeitung schrieb mit Recht:

Die heutigen Preise sind geradezu ungeheuerlich, und es ist wirklich, gefinde gösgt, sehr naiv, von der Presse . . . zu verlangen, sie solle erklären, es bestohe keine Papiernot. Vor einem Jahre wünschten die Fabrikan ten die Papiernot, und sie wurde verhängt — heute wünschen sie keine Papiernot, denn sie sind in Hof, ihr Papier loszuwerden.

Papiernot! Hat sich bloß der Kreis der Verbraucher düpierten lassen! Als die Klagen wegen Holz mangel laut wurden, stellte der sächsische Staat der Papierverarbeitung 50 000 qm Holz zur Verfügung, die aber heute noch unangehört in den Forsten liegen. Es war lediglich ein Bluff, ein Preismanöver! Jetzt, wo den Fabriken das Papier gelben könnte, wo selbst das Ausland auf Lieferung deutscher Papiere verzichtet, sollen die Verbraucher zu neuen Käufen angeregt werden. Haben doch deutsche Papierfabriken den holländischen Zeitungsdrukereien drei Millionen Kilogramm Zeitungspapier angeboten, und sie waren unangenehm berührt, als das holländische Kronortium ihnen nur eine Million abnahm. Österreichische Fachblätter werfen die Frage auf, wie es zugeht, daß Deutschland bei notorischer Papierknappheit, die sogar zwei Verordnungen des Bundesrats zeitigte, Ungarn mit 1000 Waggons Papier (für rund 7 Millionen Kronen) vorzogen konnte und für die Zukunft vorzuziehen kann. Der Wiener „Vorwärts“ sagt ganz richtig, „es sei alles Schwindel gewesen mit der Papierknappheit. Die Fabrikanten und deren Klammern wollten hinter den andern Kriegswucherern nicht zurückbleiben und ebenfalls große Profite herauszuschinden. Wie sei es bloß möglich gewesen, den deutschen Bundesrat so hinter das Licht zu führen?“

In Österreich ist aber das gleiche Spiel. Der Preis des holländischen Papiers ist jetzt auf 2 Kronen 10 Heller für das Kilogramm gestiegen, also das Vierfache gegenüber der Friedenszeit, trotzdem der Stillstand des Geschäftes weit vorgeschritten ist. Die Papierfabriken haben auch dort glänzend abgeschritten. Jetzt droht eine Preisserhöhung für Zeitungspapier. Der Zentralverein der Zeitungsunternahmer hat kürzlich dagegen „Erfassung“ genommen. Ich gegen die fortwährenden Erhöhungen gewendet und sie für unannehmbar erklärt. In der Beratung kam die Erregung stellenweise sehr lebhaft zum Ausdruck. Die Regierung soll irgendwelche Erhöhung der Preise nicht zulassen. Es wurde die Einlegung eines Betrags mit beiderseitiger Vertretung gefordert, ferner soll eine Einkaufsstelle für Zeitungspapier geschaffen werden.

Auch in der Schweiz ist der Papierling am Lohnenden Werke, doch die Zeitungserleger schritten zur Selbsthilfe und beschloßen, eine eigene Papierfabrik auf genossenschaftlicher Grundlage zu errichten. Da versicherten die Schweizer Papiermacher, von Papiernot könne keine Rede sein. Also überall die gleiche Komödie!

Mit der Preisgabe der Papiernot hat die Preispolitik der deutschen Papierfabrikan ten schmachlich Fiasko erlitten. Erst wollte man dem eingetretenen Papierüberflusse mit einer Betriebs Einschränkung begegnen, doch fand sich dafür nicht die gewöhnliche Mehrheit. Nun sucht man die „Verstärkung des Papiermarktes“ durch Festhalten der Preise zu erzielen. Kein Nachlassen, sondern eher ein Anziehen! „Presse-Buch-Papier“ schreibt hierzu:

Sier zeigen sich die Folgen einer falschen Preispolitik, die von führenden Männern der Papierzeugung auch zugestanden wird; einer Preispolitik, die ohne Rücksichtnahme auf die Lebensmöglichkeit der Abnehmer nur den augenblicklichen Vorteil im Auge hat. Es liegt im Interesse der Papierfabrikan ten, die Preise zurückzugeben, bevor weitere zahlreiche Abnehmer dem Papiermarkte durch die Vernichtung ihrer Unternehmungen für alle Zeiten verlorengehen. Die Preise müssen in Kürze den gesamten Fachzeitschriftenverlag zugrunde richten.

Daß die gegenwärtig geforderten, abermals erhöhten Preise eine Berichtigung nicht haben, beweist ein in der Voranmeldung des Verbandes der Fachpresse vorgelegter Fall, wonach Mitte Oktober für ein Zeitschriftenpapier im Rheinland ein Preis gefordert wurde, der um 50 Proz. höher stand als der Preis, für den das gleiche Papier zu gleicher Zeit am Berliner Marke zu bekommen war. Die Papierfabrikan ten haben es besonders mit der Tagespresse und den „bedruckten“ Zeitungserlegern zu tun. Sie können es nicht vermeiden,

daß es diese dank ihres politischen Einflusses bei der Regierung verstanden haben, sich auch während des Kriegs wesentlich billigeres Papier zu verschaffen als die andern Papierverbraucher. So, die meisten Zeitungserleger hätten, so heißt es auszüglich weiter, ohne Rücksicht auf die Papierfabrikan ten

bis zum April 1916 so gut wie überhaupt keinen Preiszuschlag bezahlt und im zweiten und dritten Vierteljahr ein so weitgehendes Entgegenkommen genossen, wie es wahrlich ohne Beispiel dastehet. Es sei kein Denkmal der Aufrichtigkeit, dies alles zu verschweigen, um die Papierfabrikan ten verdächtigen zu können. Sie seien ja das Verhalten der Zeitungserleger gewöhnt und wundern sich darüber nicht mehr. . . Man sei erkaunt über die „federfüßige Art“, mit welcher über alles hergefallen wird, was der schaffende Teil unsres Gewerbes unternimmt. Galt will es scheinen, als ob auch für uns die Zeiten viel ernster werden müßten, damit wir uns gegenseitig besser verstehen lernen.

Das Festschreibenlernen soll hier doch nur heißen: Bezahlen, was wir fordern! Denn die Papierfabrikan ten sitzen auf gar hohem Pferde. Mit besonderem Ausdruck wird in der „Papierzeitung“ hervorgehoben, daß der Verband der Druckpapierfabriken schon längst mit ganz andern Preisforderungen und Verkaufsbedingungen hätte auftreten können, wenn er Machtpolitik zu treiben gedächte. Da müßten ja die Verbraucher noch dankbar und devotest den Papierwucherern die Hand küßten, daß sie die Preisgügel nicht noch schärfer angezogen haben! Dabei kann den Papierverarbeitern der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie wenig Solidarität gezeigt haben. Sollen wir ihnen auch heute noch zureiten: Landgraf, werde hart! Bleibt fest in eurer Papier einschränkung, sonst seid ihr verloren und die Presse werden sich nicht nur „verfeilen“, sondern erhöhen.

Ganz sicher sind die Papierverbände ihres weiteren Erfolges doch nicht. Die Kundgebung des Vereins sächsischer Papierfabrikan ten („deren Zweckmäßigkeit allerdings bezweifelt werden kann“, meint die „Papierzeitung“), hat die „Papiernot“ und den Papierwucher ins helle Licht der Öffentlichkeit gerückt, und die führenden Personen der Papierindustrie suchen wieder Anschluss: „Man werde den Angriffen in der Tagespresse nicht entgegenarbeiten können, wohl aber durch „ehrlich gemeinte“ Vereinbarungen innerhalb der einzelnen Gruppen unsres Faches.“ Man sucht Verständigung, wo früher Gewalt war. Die „Sprengung“ des Kriegsausschusses für das deutsche Papierfach (März-April 1916), so reden die Fabrikan ten, sei velleicht durch ein „Mißverständnis“ herbeigeführt. Nun sei es erwünscht, notwendige Beratungen von Fragen, die mehrere oder alle Gruppen des Faches berühren, wieder zu ermöglichen.

Wie wohl die Friedensverhandlungen gehen werden, läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen. Die gemeinsame Eingabe an den Kriegsausschuss der deutschen Industrie mit dem Ersuchen, in den ihm angeschlossenen Verbänden einer unangebrachten Einschränkung des Papierverbrauchs entgegenzuarbeiten, läßt noch zu wenig erwarten. Wenn solange die Preise künstlich gehalten werden sollen, wird es nie zu einem Frieden zwischen Fabrikant und Verbraucher kommen, der dem Verhältnisse vor dem Krieg einigermassen gleichkäme.

Die Zeitungserleger haben jetzt sogar einen weiteren Erfolg gehabt. Durch eine Verordnung des Reichskanzlers ist eine Reichsstelle für Papierholz errichtet worden, die die Druckpapierfabrikan ten mit dem zur Herstellung des Zeitungsdrukspapiers erforderlichen Holz zu versorgen hat. Den Papierfabrikan ten wird, nachdem sie sich schon recht widerwillig der gesetzlichen Preisregulierung für Zeitungspapier fügen mußten, hierdurch die Möglichkeit genommen, das Gespinnst des Holz mangels zu gelegener Zeit aus dem Verfaße hervorzuziehen. Durch diese neue Verordnung — eine ähnliche ist in der Schweiz herangezogen, auch Österreich hat eine Papiersektion, die für Rohstoffzuführung zu sorgen hat — wird den Papierverbrauchern im Zeitungsgewerbe gar merklich der Nacken gestiftet. Es ist nicht ausgeschlossen, daß durch die Versorgung mit Rohmaterial von Holchs wegen froh allem Entsetzen der Fabrikan ten doch ein Preisrückgang sich ermöglichen läßt. Vorläufig ist aber damit nicht zu rechnen.

Wir leben das Schrotaelpeck des Holz mangels und der Papiernot in Druft verlegen, dagegen in gar großer Besetzung eine wucherliche Preispolitik, einen Willen zur Verstärkung des Papiermarktes mit hohen und höchsten

Pressen. Entgegenkommen, Rücksichtnahme einem verwandten Gewerbe gegenüber, mit dem man schon vor dem Kriege glänzende Geschäfte gemacht hatte, gibt es nicht.

Der Drucker und sonstige Papierverbraucher sind heute zwar machtlos. Aber sollte wieder einmal die Papiernot als schwarzer Mann aufmarschieren — man versucht es schon jetzt mit der Ursache des zeitweiligen Eisenbahnwagenmangels —, werden dann die Verbraucher ihre Kräfte und die Entwicklung ihres Berufs diesem Papiermisch auch wieder zum Opfer bringen?

□ □ Neue Ziele, neue Wege □ □

V.

Theodor Leipart, der Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiterverbandes, hat einen Artikel über: „Der Arbeitsvertrag nach dem Kriege“ beigelegt. Die Stellung des als guten Kenner des Tarifvertragswesens oft genannten Verfassers dürfte allseitig bekannt sein. Er kennzeichnet die schwierige rechtliche Beurteilung der Tarifverträge, die in der Regel von nicht rechtsfähigen Vereinigungen abgeschlossen sind, so daß die Gerichte in der Regel die „Abdingbarkeit“, d. h. die besonderen tarifmäßigen Abreden zwischen Unternehmer und Arbeiter neben dem Tarifvertrage für zulässig erklären. Die zukünftige gesetzliche Regelung der Tarifverträge hat während des Krieges in den Maßnahmen des Oberkommandos in den Marken ein freies Vorbild erhalten in einer Anordnung, nach welcher „keine Vereinbarungen getroffen werden dürfen, welche von den Lohnabreden in dem vom Kriegsbelehungsamt herausgegebenen allgemeinen und besonderen Vertragsbedingungen abweichen“. Sollte das, was in Kriegeszeiten recht ist, nicht auch billig sein im Frieden für Abmachungen, die von der übergebenen — und zweifellos nicht der schlechtesten — Mehrheit beider Teile, Unternehmer und Arbeiter, eines Berufes als für die wirtschaftliche Lage der Beschäftigten zweckentsprechend anerkannt worden ist? Im übrigen hält es Leipart für notwendig, daß alle Vorschriften der Gewerbeordnung, die sich auf die Verhältnisse zwischen Unternehmer und Arbeiter beziehen, und zum Teil einen recht patriarchalischen Anstrich haben, der heutigen Stellung der Arbeiter im öffentlichen Leben sowie dem Einfluß ihrer Organisationen entsprechend geändert oder aber durch das Gesetz über die Tarifverträge völlig ersetzt werden.

Recht wertvolle Einblicke in das Wesen des zur Zeit immer noch größten aller Berufe in Deutschland bietet eine Abhandlung des Hauptgeschäftsführers der Landwirtschaftskammer Posen, Dr. Arno Hoffmeister, unter dem Titel „Einiges zur Landwirtschaft“. Von Interesse für den Fernlesenden ist es, zu erfahren, daß im Jahre 1882 die Landwirtschaft 19.225.455 Bares an Erzeugnisse im Wert von 1.681.176 abgabte, das Verhältnis zwischen Ausgub und Ertrag 1882 auf je 100 Personen der Gesamtbevölkerung 42,51, im Jahre 1907 aber nur 28,65 auf die Landwirtschaft. Berücksichtigt man dabei, daß in dieser Zeit der Ertrag der landwirtschaftlichen Produktion nicht nur nicht zurückgegangen, sondern im Gegenteil sich ganz erheblich gesteigert hat, so kann man daran ersehen, in wie hervorragender Weise Wissenschaft und Technik dazu beigetragen haben, die handarbeitende Bevölkerung immer mehr zurückzubringen. Während in den industriellen Berufen die Zahl der selbständig ihren Beruf ausübenden Personen dauernd zurückgeht, hat die Zahl der selbständigen Wirtschaftler in der Landwirtschaft zugenommen. Im Jahre 1907 waren in der Landwirtschaft selbständig 7795398, als Angehörige 247847, als Arbeiter 9637929 Personen beschäftigt; in der Industrie waren die entsprechenden Zahlen 5797049 Selbständige, 1732347 Angestellte, 18675141 Arbeiter. Wenn man auch den Ausführungen des Verfassers über die rechtliche, soziale, wirtschaftliche und politische Stellung der landwirtschaftlichen Bevölkerung das größte Interesse entgegenbringen kann — bieten sie uns doch einen bemerkenswerten Einblick in Verhältnisse, die von dem Augenstehenden nicht ohne weiteres reiflos beurteilt werden können —, so muß man doch der dabei zum Ausdruck kommenden Tendenz vielfach sehr kritisch gegenüberstehen. So vor allem dort, wo die Heranziehung von ausländischen Arbeitern (jährlich etwa 400000) und die dadurch bedingte Abdrängung einheimischer Arbeiter zu rechtfertigen versucht wird. Mit noch größerem Nachdruck muß dem Bestreben entgegengetreten werden, daß das Reichsversorgungsrecht nicht auf die landwirtschaftlichen Arbeiter ausgedehnt sei. Daß, wie der Verfasser behauptet, die Landwirtschaftskammern die berufliche Vertretung der gesamten landwirtschaftlichen Bevölkerung darstellen, dürfte wohl sehr vielen wenig einleuchtend sein.

Ein knapper, aber übersichtlicher Wille läßt Dr. August Müller, Geschäftsführer des Zentralverbandes Deutscher Konjunkturvereine, „Organisation und Entwicklung der Konjunkturvereine“ am Leser vorübergehen. Nicht die Erzielung von Gewinn — wie bei der Privatwirtschaft — ist der Hauptzweck der Konjunkturvereine, sondern in erster Linie das Bestreben, den Bedarf der Mitglieder zu zweckentsprechend und wohlfeil als Maßstab zu betrieblen. Drei Aufgaben sind es besonders, die Dr. Müller den Konjunkturvereinen während des Krieges zuweist: Möglichst viel Waren herbeizuführen, für eine den Verbraucherinteressen entsprechende Preisgestaltung Sorge zu tragen und eine gerechte Verteilung der vorhandenen Mengen in die Wege zu stellen. Recht bezeichnend wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stehen sich die Sachen, kann man auch zu diesem Programm ja; denn von den drei Aufgaben kann infolge der durch

das Reich erfolgten Regelung der Bedarfswirtschaft keine einzige vollkommen durch die Konjunkturvereine gelöst werden. Damit soll die Bedeutung derselben durchaus nicht unterschätzt werden; die von Dr. Müller vorgeführten Zahlen über die Entwicklung der Konjunkturvereine, über die Ergebnisse der Produktivbetriebe (1915 wurden für rund 18 1/2 Mill. Mk. erzeugt) sprechen eine viel zu berechtigte Sprache. Daß durch möglicste Steigerung der Eigenproduktion die Konjunkturvereine in Friedenszeiten noch weit mehr als bisher in den Stand gesetzt werden, preisregulierend zu wirken, darf ohne weiteres angenommen werden.

Wenn ein Professor der Theologie, Dr. Fr. Niebergall (Heidelberg) über „Staatsbürgerliche Erziehung“ schreibt und dabei den Satz unterlaufen läßt: „Wieder ist es nicht zu sagen, wie der hochfahrende und rohe Ton in Schreibstuben und auf dem Kasernenhofe dem Sinne für den Staat geschadet hat“, so ist das jedenfalls ein deutlicher Beweis dafür, daß etwas faul im Staate — Deutschland ist, und man wird ihm darin beistimmen, daß die staatsbürgerliche Erziehung wesentlich andre Wege einzuschlagen hat, um zu verhüten, daß die Entfremdung zwischen einzelnen Volksschichten noch weiter um sich greift, als dies bisher schon der Fall war.

Diesem unglückseligen Zustande der Entfremdung einzelner Volksschichten kann mit viel Aussicht auf Erfolg vorgebeugt werden, wenn das Programm, das Professor Dr. Rein (Sena) in seinem Beitrage „Schulorganisation der Zukunft“ entwickelt, seiner Durchführung nähergebracht werden könnte. Unter den gewaltigen Veränderungen, die unserm Volke bevorstehen, wird man auch an einer Neuorientierung des Bildungswesens nicht vorbeigehen können. Wenn der Verfasser sagt, daß sich die Gegenwart auf der Vergangenheit aufbaut und die Zukunft von der Gegenwart bestimmt wird, so hat jedenfalls die gegenwärtige Zeit alle Ursache, auf dem Gebiete des Schulwesens wesentliche Reformen für die Zukunft vorzubereiten. Seine Forderung einer Grundschule mit sechsjährigem Lehrjahre für alle Schüler ohne Rücksicht auf Geburt und Geld dürfte das geeignete Fundament sein, auf dem dann weitergebaut werden kann: Verteilung der Schüler je nach Begabung — sowohl theoretischer als praktischer — und im Anschluß an die soziale Schichtung auf drei Hauptgruppen: 1. Oberstufe der Volksschule (7. und 8. Schuljahr) mit anschließender Fortbildung oder Fach-, Handwerker-, Arbeiter- u. w. Schule (9. bis eventuell 12. Schuljahr); 2. Realschule (7. bis 10. Schuljahr) mit anschließender mittlerer Hochschule, Technikum, Handels-, Kunstgewerbe-, Fortbau-, Bergbauschule u. w. (11. bis 14. Schuljahr); 3. Höhere Schule, Oberrealschule, Gymnasium (7. bis 12. Schuljahr) mit anschließender höherer Fachschule, Seminar, Akademie, Handelshochschule, technischer Hochschule, Universität (13. bis 16. Schuljahr). Professor Rein geht nicht ohne weiteres davon aus, daß ein solches Programm auf starke Widerstände stoßen wird, daß aber dem Gedanklichen, einem einheitlichen Volke müsse auch eine einheitliche Schulanstalt (1915) sein, die alle diese Ziele mit mehr Verständnis und Liebe gegenüberstehen wird, als dies früher der Fall war.

□ □ □ □ Gewerkschaftsrevue □ □ □ □

(Schluß aus Nr. 142.)

Die auf dem Verbandstage beschlossene und hier schon mitgeteilte Kündigung der Tarifverträge durch den Schnelverband ist nunmehr erfolgt. Die Forderung der Lohnverbesserung beträgt 25 Proz. für alle Teile auf den verbleibenden Wochenlohn. Die auf Grund einer Verordnung vom 4. April 1916 schon zu zahlenden 10 Proz. Lohnverbesserung sollen nicht eingerechnet werden. Die Unternehmer im Schnelbergewerbe werden also erhebliche Zugewinne machen müssen, die Mehrzahl dieser Arbeitgeber hat ja keine großen Einbußen gehabt, vielmehr zum Teil erhebliche Gewinne erzielen können. Auch die Konjunktur und die Wirtschaftslage hat ihre Presse so eingestuft, daß trotz des eingeschränkten Verkaufs gute Gewinne bleiben.

Eine Organisation nach der andern sieht sich veranlaßt, für den kommenden Frieden vorzusorgen, so sah der Zimmerverband am 12. und 13. November in Hamburg seine Zentralinstanzen mit den Gauleitern versammelt, um vor allem das frühere Statut wieder in Kraft zu setzen. Aus dem Bericht über diese Konferenz ist zu ersehen, daß auch hier der Kriegszustand von früheren Mitgliedern, die aus dem Seeresdienst ins Gewerbe zurückkehrten, vorgeschützt wird, um sich der Organisation zu entziehen. Die Erziehung der Mitglieder zu überzeugten Gewerkschaftlern ist noch vielfach so notwendig, daß auch auf diesem Gebiete den Organisationen nach dem Krieg eine große und wichtige Aufgabe bleibt. Es kann nicht genug betont werden, daß die praktische Gegenwartspolitik hier das Fundament bilden muß, auf dem die Weiterbildung der gewonnenen Mitglieder basiert. Die Vermögenslage des Zimmerverbandes hat sich während des Krieges um über 400000 Mk. vermehrt, trotzdem die nicht statutenmäßige (das Statut wurde dagegen eingeschränkt) Unterfertigung an die Familien der Kriegsteilnehmer 761838 Mark beträgt. Besondere Ausdehnung erfuhr die Beratung über Arbeitsnachwuchs und Arbeitsvermittlung. Es wurde darauf hingewiesen, daß die hier bestehenden Schwierigkeiten gebessert werden könnten, wenn Vereinbarungen bessere Lohn-, Arbeits-, Unterkunfts- und Verpflegungsvorhältnisse herbeiführten. Das bessere Funktionieren der Arbeitsvermittlung dürfte jedoch auch von besserer Information des Zentralvorstandes abhängen, der unter andern Umständen in der Einwirkung verlagern müßte.

Das richtige Hilfsmittel wäre nach unserer Ansicht alleinstimmige Arbeitsnachwuchs, die die tatsächlichen Abmachungen respektieren. Schließlich wurde nochmals eine Unterfertigung an die Kriegsteilnehmerfamilien beschlossen, die je nach den geleisteten Beiträgen abgestuft ist und in der Zeit vom 11. bis 31. Dezember d. J. zur Auszahlung gelangt.

Ähnliche Unterfertigungen zu Weihnachten gewähren die Verbände der Bäcker, Fabrikarbeiter, Lederarbeiter und Schneider von der Zentrale aus.

Wie manches verheißt und ungeheuer verheißt sich die Stimmung der englischen Arbeiterklasse gegen Deutschland gestaltet hat, zeigt ein offener Brief, den der Vorsitzende der englischen Seemannsunion, Havelock Wilson, an die Internationale Transportarbeiterföderation, deren Sitz Berlin ist, gerichtet hat. Dieser brave Mann führt bemitleidbare Klagen gegen die angeblich unmenslichen deutsche Seekriegführung und wirft der Internationalen Transportarbeiterorganisation vor, daß sie ihre Pflicht nicht getan hätte, gegen die vorläufigen Morde an den Seeleuten der Handelschiffe und die schändliche Behandlung der englischen Gefangenen in Deutschland zu protestieren. Wilson teilt mit, daß es seine Pflicht sei, bei der ersten Gelegenheit vorzuschlagen, daß die Deutschen zu keiner internationalen Konferenz mehr zugelassen werden und von englischen oder irgendwelchen Schiffen, soweit englischer Einfluß reicht, ausgeschlossen bleiben. Der Zentralrat der Internationalen Transportarbeiterföderation erwiderte darauf, daß er es durchaus ablehnen müsse, zur Torpedierung der „Lusitania“ oder zu dem Todesurteil gegen Kapitän Pratt von der „Brussels“ Stellung zu nehmen, genau so wie er sich zum „Baralong“-Fall oder zum Untergang des „R 19“ nicht geäußert hätte, denn er sei eine internationale gewerkschaftliche Instanz, die nicht einmal die Möglichkeit genügender Information über die Kriegführung der verschiedenen Regierungen besitze, geschweige denn daß er irgendwelchen Einfluß darauf hätte. Die Leitung der Internationalen Transportarbeiterföderation habe sich vielmehr darauf beschränkt, die internationalen Beziehungen der Arbeiterverbände aufrechtzuerhalten, und das sei ihr auch mit allen Neutralen gelungen, während die Seemannsverbände bei den Kriegsländern der Gegenseite jeden Verkehr, auch durch neutrale Zwischenpersonen, abgelehnt hätten. Was die zukünftigen Beziehungen anbetraf, so werde darüber der erste Kongreß nach Friedensschluß entscheiden. So berichtigte der „Kurier“ unter dem 22. Oktober d. J. Eine Anzahl Stimmungsabbilder zeigte anstehend, welche Höhe der Saß in England gegen die Deutschen angenommen hat. Doch abgesehen von der durch systematisches Aufspüren des Feindes gestifteten Stimmung gegen uns zeigt sich weiter in dem Brief ein Grad von Annäherung und Borntheit, der eben nur bei einem Engländer erklärlich, aber niemals erschuldbar ist.

Daß die ganze Internationale nur noch tragwüßiger Natur ist, haben wir in der vorliegenden Gewerkschaftsrevue (Nr. 142) gezeigt. Veranlaßt durch die Gründung einer „neuen“ Internationale durch die gewerkschaftlichen Führer einiger Ententeländer in Leeds (England) am 5. Juli d. J. und die Eröffnung eines eignen Korrespondenzbureaus in Paris mit dem Vorsitzenden der französischen Landesorganisationen Souhair als Sekretär, hatte der Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Legien, die angeschlossenen Landesorganisationen zu einer internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern am 11. Dezember d. J. eingeladen. Durch die Gründung der neuen Internationale war die Einheit des I. G. B. durchbrochen, und dem Präsidenten erwuchs damit die Aufgabe, den angeschlossenen Organisationen Gelegenheit zu geben, über den Fortbestand des Bundes zu entscheiden. Die aus Deutschland, Holland, Dänemark und Ungarn eingegangenen Antworten lauteten bezeichnend, obgleich die absolute Notwendigkeit nicht anerkannt wurde. Die Zentralen der skandinavischen Länder besprachen sich am 22. Oktober in Stockholm auf einer Konferenz über die zu ertellende Antwort und beschloßen, vorerst mit dem Internationalen Sekretariat über eine Vertagung zu verhandeln. Sollte die Vertagung sich nicht erzielen lassen, so würde eine Vertretung der Skandinavier in Bern teilnehmen, um die Lage des Sekretariats nicht noch weiter zu erschweren. Am 11. November fand dann eine Besprechung über die Frage in Kopenhagen statt. Die Skandinavier äußerten sich dahin, daß die Konferenz in Bern, die von den Ententeändern nicht beschickt werden dürfe, die Gefahr einer Zerstückelung der Bewegung zur Folge haben könnte. Dasselbe sei zwar auch in der von den Ententeändern beantragten Vertagung des Sekretariats zu erblicken. Man hielt deshalb die Vertagung der internationalen Gewerkschaftskonferenz auf unbestimmte Zeit für angezeigt. Eine Resolution in diesem Sinne beendete die Kopenhagener Besprechung. Der Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes Legien hat dem Antrage der skandinavischen Länder stattgegeben und nunmehr den einzelnen Landeszentralen mitgeteilt, daß die vorgesehene Konferenz auf unbestimmte Zeit vertagt worden ist. Sowohl die Tallachen. Die Skandinavier haben sich damit einer Neutralität befleißigt, die weder Kopf noch Schwanz hat, denn statt mit aller Deutlichkeit zu sagen, daß nur ein internationaler Gewerkschaftsbund anerkannt werden kann und mit der Leodler Konferenz die Brandfackel in das internationale Haus der Gewerkschaften geworfen wurde, stellen sie sich weig und lassen brennen. Die deutschen Mittel dürften protestieren — und nach dem Kriege vielleicht auch wieder zahlen. Da dürfte denn doch ein Verzicht auf eine solche Internationale am Platze sein, wenn nicht später Garantien gegeben werden, die gleichmäßig die Rechte und Pflichten verteilen.

Die gleiche Angelegenheit beschäftigte auch den achten holländischen Gewerkschaftskongreß, der vom 16

bis 18. Oktober in Amsterdam stattfand. Aus dem Bericht ist hervorzuheben, daß die Mitgliederzahl seit dem letzten Kongresse bei 35 angeschlossenen Verbänden von 84434 auf 120478 am 1. Oktober 1916 angewachsen sei. Das Gesamtvermögen der Verbände ist recht klein zu nennen und ist von 2,5 Mill. auf 2,1 Mill. fl. zurückgegangen. Der Rückgang kommt auf das Konto des durch die Krise schwer geschädigten Diamantenarbeiterverbandes. Erledigt wurden folgende Fragen: „Der Organisationswechsel bei Berufsveränderung“, „Die Entwicklung der öffentlichen Arbeitsvermittlung“ und „Der Internationale Gewerkschaftsbund während des Kriegs“. Die letzte Angelegenheit wurde von dem Vorsitzenden Dudgeest behandelt und der Entschluß mitgeteilt, die internationalen Verbindungen, wie sie bestehen, aufrechtzuerhalten resp. wieder herzustellen. Leider sei dies nur mit Deutschland und Belgien möglich gewesen. Die Leeder Konferenz könne nicht als Grund dienen, die von Leeder vorgeschlagene internationale Konferenz in Bern abzuhalfen; im Falle der Abhaltung würden die Holländer jedoch daran teilnehmen. Wir können deshalb anerkennend eine entschiedener und sichere Haltung der Holländer feststellen. Zur Tagesordnung stand schließlich noch eine „Reformation der Arbeiterrechtsbureaus“ (Arbeitersekretariate). Nach einer Beschränkung des Vorsitzenden des Bergarbeiterverbandes über die Lebensmittelpolitik der Gemeindeverwaltungen im holländischen Bergbaubezirke, die weitaus schlechtere Ernährungsverhältnisse im Gefolge habe als in Deutschland, wurde die Tagung beendet.

Auch Österreich hat eine Gewerkschaftskonferenz gehabt, auf deren Tagung jedoch nur über die Situation gesprochen wurde. Interessant ist die Gegenüberstellung der Mitgliederverluste in den verbündeten Ländern, so haben die Gewerkschaften in Österreich 57 Proz., in Ungarn 56 Proz. und in Deutschland 55 Proz. durch den Krieg verloren. Die tschechischen Separatisten haben dagegen 70 Proz. eingebüßt, trotzdem ihre Organisationen nirgendwo in das Kriegsgebiet reichen. Weitere Reichskonferenzen sind während der Kriegszeit in Aussicht genommen. Einer nach dieser Konferenz stattgehabten Veranstaltung ist zweifellos eine große Bedeutung für die österreichische Arbeitererschaft zuzuschreiben. Unter der Bezeichnung Arbeiterkongress fand am 5. November in Wien im „Favoritener Arbeiterheim“ eine Versammlung statt, an der über 1000 Arbeiterdelegierte aus ganz Österreich teilnahmen und zu der sämtliche Ministerien Vertreter entsandt hatten. Der Zweck der Tagung war, gegen die Zustände zu protestieren, in die die Arbeiter durch die Ausnahmeverhältnisse des Kriegs verfallen sind. Die Tagesordnung lautete: 1. „Die rechtliche Stellung der Arbeiter im Kriegs“, 2. „Ernährungsfragen“. Umfangreiche Resolutionen wurden angenommen. Aus dem gehaltenen Reden erscheint auch uns der von dem österreichischen Zentralorgan der Gewerkschaften gebrachte Satz aus den Schlussworten des bekannten Politikers Bernerstorfer auf deutsche Verhältnisse passend, daß er hier Platz finden möge:

Die Millionen, ohne die der Krieg nicht gewonnen werden kann, werden dann sagen: Wir haben geleistet, gekämpft, entbeert, aber darum wollen wir auch gleichberechtigte Staatsbürger sein, wollen wir, daß das Unrecht in diesem Staate verschwindet. Wir werden nach dem Kriege das Recht der Arbeitererschaft zu verteidigen wissen und für die Einkehr geordneter Zustände wirken. Wir sind nicht gedemütigt, wir sind nicht in unserm Selbstbewußtsein zurückgeschleudert, wir stehen da für das Recht der Arbeitererschaft und werden unsere Aufgabe auch in Zukunft mit aller Klarheit und Sicherheit erfüllen.

Wenn bei uns in Deutschland die Zivildienstpflicht bzw. der vaterländische Hilfsdienst durchgeführt ist, wollen wir hoffen, daß nicht ein so starker Protest werden muß, wie der vorstehend geschilderte. Die Anerkennung des Menschen im Arbeiter und seiner Bedürfnisse und Rechte werden auch die Freudigkeit zur Arbeitsleistung hervorufen und steigern können. Die Rücksichtnahme auf seine vorherigen Verhältnisse insbesondere können dazu beitragen, gewaltige Leistungen zu vollbringen. **Bonus.**

○○○○○ Korrespondenzen ○○○○○

Berlin. Kollege Oskar Höppner (Seher) feiert am 17. Dezember sein 50jähriges Berufsjubiläum. Er hat bei der Firma S. S. Hermann in Berlin gelernt und war dann bei Silkenfeld, Sakselski und in der „Nationalzeitung“ beschäftigt. Seit 1878 ist Höppner bei der Firma Cooke & Wenzland tätig.

Großhofen. Die Steuerungsulagen in der hiesigen Druckerei (Zeitschrift) wurden vollständig bewilligt, wie auch die Firma die Familien der im Felde stehenden Gehilfen in jeder Weise unterstützt.

Wg. Kaffel. Die am 25. November abgehaltene Mitgliederversammlung hatte einen ziemlich guten Besuch aufzuweisen. Der Vorsitzende widmete den seit unserer letzten Versammlung auf dem Felde der Ehre gefallenen Kollegen Adolf Eiser, Christian Schwarz und Adolf Gremmelmeier einen warmen Nachruf. Die Versammlung ehrte das Andenken dieser drei Kollegen in der üblichen Weise. In den Verband aufgenommen wurden zwei Kollegen. Sodann fand die Ehrung der Kollegen Käfer, Mangold, Rüdiger, Knoblauch, Rathmann, Flug, Tschick und Maurer für ihre 25jährige Mitgliedschaft im Verbande statt. Vorsitzender Engelbach widmete den Sublimen Worte höchster Anerkennung, verbunden mit der Bitte, dem Verband allzeit die Treue zu bewahren. Als

sichtbares Andenken an diesen Tag wurde jedem der Jubilare eine Uhr mit Widmung überreicht. Möge diese Denkmäler in Zukunft nur glückliche Stunden anzeigen! Die Abrechnung des dritten Quartals lag gedruckt vor. Da Einwendungen nicht erhoben und die Kassenverhältnisse in Ordnung befunden wurden, beantragten die Revisoren Entlastung, die einstimmig erteilt wurde. Im Mittelpunkt des Abends stand die Entgegennahme des Berichts über die Gewährung von Steuerungsulagen. Von den bis jetzt bekanntgewordenen Bewilligungen ist folgendes zu berichten: Es bewilligten 15 Firmen zu den Mindestsätzen, 4 Firmen nur einem Teil ihres Personals über die Mindestsätze, dem andern Teile zu den Mindestsätzen, 5 Firmen (meist kleinere Druckereien) bewilligten zum Teil sehr erheblich über die Mindestsätze, 2 Firmen gewährten außerdem auf die Kinderzulage noch 50 Proz. Die Maschinenleher gingen nur in einer Druckerei (Gebr. Gottschalk) leer aus, in allen andern Druckereien wurden sie bei der diesmaligen Steuerungsulage bedacht. Hilfsarbeiter und Lehrlinge erhielten in fast allen Betrieben ebenfalls Zulagen. Erhebliche Differenzen entstanden nicht, nur in einem Falle wurden solche durch Vorstelligen behoben. Von einem Teil unserer Bezirksorte ist ein Bericht überhaupt nicht eingegangen. Dies wurde seitens der Verammlung scharf gerügt. Sämtliche Redner des Abends waren einmütig der Ansicht, daß die neufestgelegten Richtlinien unter keinen Umständen dazu angehen, die mehr als 100prozentige Steigerung aller Lebensbedürfnisse auszugleichen. Das strikte Festhalten an den Minimumsätzen seitens der größten und reichsten Firmen am Orte wurde scharf kritisiert unterzogen. Wenn auch keineswegs die schwierige Lage eines Teils unserer hiesigen Prinzipale erkannt werden sollte, hätte man doch erwartet, den Gehilfen das „Durchhalten“ durch Gewährung höherer Zulagen zu erleichtern. Die Lehrlingsfrage wurde einer eingehenden Erörterung unterzogen und die Vertrauensmänner sowohl wie der Bezirksvorstand beauftragt, dieser Frage ihr ganzes Interesse zu widmen. Den Familien der im Felde stehenden verheirateten Kollegen soll wieder, wie in den beiden Vorjahren, zu Weihnachten eine Unterstützung zuteil werden. Ferner soll den ledigen feldgrauen Kollegen ein Liebesgabenpaketchen zugesandt werden. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende nochmals alle Kollegen, namentlich die jüngeren, stets dem Verbands die Treue zu bewahren und die Versammlung regelmäßig zu besuchen sowie den „Korr.“ eifrig zu lesen.

Leipzig. Am 16. November hielt der Verein Leipziger Buchdrucker- und Schriftsetzergehilfen eine außerordentliche Generalversammlung im „Volkshaus“ ab. Die Tagesordnung wies folgende Punkte auf: 1. Vereinskassensachen; 2. Antrag des Gewerkschafts: Erhebung einer Ertragsunterstützung betreffend; 3. Bewilligung von Weihnachtsunterstützungen. Nach Begrüßung der im Waffenrock erschienenen Kollegen gab Kollege Engelbrecht unter „Vereinskassensachen“ einen längeren Bericht, aus dem wir folgendes hervorheben: Seit dem 24. September d. J. fanden 24 Kollegen Aufnahme in die Organisation, ausgetreten wegen Berufswechsel 1 Kollege. Am 16. November waren 2 Arbeitslose (1 Direktor und 1 Gelehrter) zu verzeichnen, krank 69 Kollegen (42 Seher, 20 Drucker, 3 Gelehrter, 2 Stempelschneider und 2 Galvanoplastiker). Zum Militär einberufen 4485 Kollegen, davon gefallen oder ihren Verletzungen erlegen 396, dabei auch unser alter bewährter Bibliothekar und eifriger Kollege Sigismund Renschmidt. Leider sind nun von der dreigliedrigen Bibliothekskommission bereits zwei brave Kollegen dem schrecklichen Kriege zum Opfer gefallen. (Die Verammelten ehrten das Andenken der Verbliebenen in üblicher Weise.) Die Mitgliederzahl betrug am Versammlungstage 2437. In Sachen der Gewährung der Steuerungsulagen konnte berichtet werden, daß im allgemeinen diesmal die Zulagen besser und in glatterer Weise erfolgten als bei Gewährung der erstmaligen Steuerungsulagen. Kleine Liebesgaben wurden infolge Benachrichtigung des Prinzipalskreisvertreter, Herrn Thaler, von diesem in Ordnung gebracht. In einem Falle hatte das in Betracht kommende Personal die Einbürgerung behufs Erlangung von Zulagen eingereicht und damit einen vollen Erfolg erzielt. Betreffs der gewerblichen und organisatorischen Lage bemerkte Berichterstatter, daß dieselbe nicht nur für einen Teil der Prinzipalität, sondern auch für die Gehilfenschaft eine äußerst schwierige und unangenehme geworden ist. Schon die Publikationen des Tarifamts betreffend Gewährung tariflicher Ausnahmen und die weiteren Bekanntmachungen in Sachen Einstellung ungelerner Kräfte in Buchdruckereien beweisen, in was für einer verantwortlichen und schwierigen Lage sich die Tarif- und Verbandsinstanzen befinden. Sedenfalls müsse man infolge der langen Kriegsdauer nunmehr auch im Buchdruckerberufe mit dem Eindringen weiblicher und männlicher ungelerner Arbeitskräfte rechnen. Auf alle Fälle müsse jedoch darauf geachtet werden, daß dies nur mit Genehmigung des Tarifamts geschehe, damit die gewerbliche Ordnung nicht vollständig aus den Fugen gehe. Infolge der durch den Krieg hervorgerufenen, fortgesetzt veränderten Lage hat die hiesige Gehilfenschaft verschiedene Male mit der Leipziger Prinzipalsleitung gemeinschaftlich getagt. In diesen gemeinschaftlichen Sitzungen ist u. a. von beiden Seiten das Bestreben zum Ausdruck gebracht worden, durch gegenseitige Verständigung dahin zu wirken, daß Differenzen durch Vermittlung beider Instanzen nach Möglichkeit ausgeglichen werden sollen. Bezüglich des Stellenwechsels der Gehilfen wurde es für zweckmäßig erachtet, daß dieselben sich zunächst wegen eventueller Lohnverbesserung an ihren Prinzipal oder die Gehilfenschaft wenden möchten, bevor sie mit einer andern Firma ein neues Engagementsverhältnis fest abschließen. Der Antrag des Gewerkschafts, Erhebung einer Ertragssteuer betreffend, löste

eine äußerst lebhaft, zum Teil stürmische Debatte aus. Der Gewerkschaftsantrag besagte, daß bei einem wöchentlichen Einkommen bis zu 40 Mk. wöchentlich 50 Pf. und bei einem solchen von über 40 Mk. 1 Mk. Ertragssteuer erhoben werden solle. Die Steuerungsulage sollte bei der Berechnung nicht mit in Frage kommen. Zur Begründung des Antrags wurde ausgeführt, die Erhebung der Ertragssteuer mache sich unbedingt notwendig, wenn die Gaskasse nicht allzusehr erschöpft und die Frauen unter zum Heeresdienst einberufenen Kollegen wiederum eine Ertragsunterstützung von je 10 Mk. erhalten sollen. Die Summe, welche hierfür in Betracht käme, würde etwa 35000 Mk. betragen. Wenn auch die Gasse aus der Verbandskasse einen Zufluß für außerordentliche Unterstützungs Zwecke erhalten haben, so solle dieser Betrag zunächst zur Befreiung einer Ehrengabe für die Witwen unserer im Kriege gebliebenen Kollegen Verwendung finden. Während ein Diskussionsredner sich als grundsätzlicher Gegner jeder Unterstützung aus Mitteln der Gewerkschaften für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer bekannte, erklärten die übrigen Redner, nicht grundsätzlich eine Unterstützung abzulehnen, jedoch dürfe man in den schweren Zeiten nicht noch von den Mitgliedern der Ertragssteuer verlangen. Der Verband müsse etwas mehr als bisher für die vom Gewerkschaften verlangten Zwecke. Die Millionen würden da aufgespeichert, während die Mitglieder finanziell über ihre Kräfte gehen sollten. Schließlich sah man ein, daß es ohne Ertragssteuer doch nicht ganz abgehen würde. Nachdem der Antrag des Gewerkschafts abgelehnt war, gelangte ein Antrag aus der Mitte der Versammlung zur Annahme, wonach eine wöchentliche Ertragssteuer von 50 Pf. erhoben wird. Die Kriegserfrauen erhalten laut Verammungsbeschlusse je 10 Mk. Weihnachtsunterstützung. Die Auszahlung erfolgt vom 11. Dezember ab während der Erprobungsstunden im Gaubureau. Gleichzeitig gelangt die Ehrengabe für die Kriegserwitwen mit zur Auszahlung. Den bedürftigen Berufsinvaliden bewilligte die Versammlung eine Weihnachtsunterstützung von je 6 bzw. 10 Mk.

○○○○○○ Randschau ○○○○○○

Von Buchdruckern im Kriege. Von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation erhielten das Eisener Kreuz: Otto Harre (Berlin), O. Schröder (Gräfenhainichen), Rudolf Thormann (Samburg), Eduard Diegmann (Seitzingsfeld), Karl Mühlhauer (Ludwigsburg), Max Schaper (Magdeburg), Goltfried Sich (Stuttgart) und Urban Stübler (Wirsburg). Damit haben bis jetzt 2573 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erhalten.

Sehapparat für Zwei- und Einhändige. In der Ausstattung für Kriegsbeschädigtenhilfe in Charlottenburg ist ein „mullerger Schreiber“ Apparat aufgestellt, der den ausgesprochenen Zweck haben soll, am Gehilfen ein größeres Arbeitsquantum zu erreichen. Für den kriegsbeschädigten einhändigen oder einarmigen Seher wird er als ein Hilfsmittel beim Sehen empfohlen. Der Apparat besteht in der Hauptfache aus einem Trichter und einer Sackchiene von einem Meter Länge. Er wird auf den Kastenrand angebracht, daß die Spitze des Buchstabenrichters sich zwischen Sackbalken und e-Grach befindet. Für den rechtschändigen Seher kommt der Trichter zwischen a- und b-Grach, für den linkschändigen zwischen d- und g-Grach. Die Sackchiene wird in die am Apparat vorgegebene Aue gehoben und festgedraht. Die aus dem Gehilfen am Kopf erfaßten Buchstaben führt man in den Trichter und läßt sie in diesem mit der Signatur nach vorn aus der rechten Hand rechts, aus der linken Hand links nacheinander in den Trichter hinuntergleiten, worauf jeder Daumen nach dem Loslassen des Buchstabens eine am Trichter vorhandene Taste niederdrückt, wodurch ein Schieber den Buchstaben auf der Sackchiene nach links schiebt und so die Buchstaben aneinanderreihet. Nach dieser Darstellung wäre also der Mechanismus so zu verstehen, daß die beiderhändige Zuführung durch den Trichter nach der Sackchiene lediglich den Weg des Buchstabens aus dem Kasten in den Winkelhaken, allerdings abwechselnd mit beiden Händen, darstellt. Da eine besondere Anweisung bzw. Vorrichtung für das Ausschleichen nicht gegeben ist, so wird das Ausschleichen von der Sackchiene aus gesehen müssen. Ein gewandter Seher soll an dem Apparat nach erlangter Fertigkeit 3000 Buchstaben in Zeilen ausgeschleichen in der Stunde zusammentragen. Dieser Apparat, der mit der Sackchiene 42,50 Mk. kostet, scheint nur einigen Wert durch seine Verwendung für Kriegsbeschädigte zu haben, und das soll auch erst die Praxis erweisen. Für gesunde Arme und Hände möchte man den Apparat mehr als eine Spielerei betrachten, denn selbst die ungewissen 3000 Buchstaben sind in der Zeit der Sehmachmaschine kein Rodmittel mehr.

Erscheinen der Zeitungen an den Weihnachtsfeiertagen und zu Neujahr. Nach einer Anordnung des Oberkommandos in Berlin, das im Reiche gumeist auch Befolgung finden wird, werden am 24. und 31. Dezember die Tagesblätter wie gewöhnlich an den Sonntagen zur Ausgabe gelangen. Vom 24. bzw. 31. Dezember nach Erscheinen der Mittagszeitungen bis zum 26. Dezember abends bzw. 1. Januar 12 Uhr nachts hat aber in den Druckereien völlige Arbeitsruhe zu herrschen.

Weihnachtsausstellung im Deutschen Buchgewerkehause zu Leipzig. Was der deutsche Buchhandel trotz der langen Kriegsdauer Hervorragendes leistet, zeigt diese kleine Ausstellung augenfällig. Mehr als je ziehen die Verleger Künstler heran und sehen auf gute Ausstattung, (Fortsetzung in der Beilage.)

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, welche mit älteren Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 145 — Leipzig, den 16. Dezember 1916

Verkaufsstellen: Pionierlag, Bannerlag und Sonstige sind zur jeweils nächsten Nummer.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt)

Sowohl hinsichtlich des Einbandes und auch der inneren Gestaltung. Neben Kinder- und Märchenbüchern ist die Belletristik besonders auf vorzuziehen, der sich die schöne Literatur und Musikalien anreihen. Die Bände schmücken Künstlerdrucke der verschiedensten Gattungen. Eine größere Anzahl Buchverleger, die trotz der Kriegszeit erschienen ist, liegt in Glasbüchern aus.

Erhöhung der Zeitungspauschale. In Ansbach wurden der „Frankfurter Zeitung“ und der „Ansbacher Zeitung“ vom Magistrat die Schlüssel um 100 Proz. erhöht, rückwirkend vom 1. Juli d. S. ab.

Zeitungseinstellungen. Die „Mangellagerung“, Braun für Widling und Reichenheim, kann nicht weiter erscheinen. **Reichsstelle für Papierholz.** Die Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe G. m. b. H. macht darauf aufmerksam, daß mit der neuerlichen Errichtung der Reichsstelle für Papierholz, die lediglich die Papierfabriken mit dem zur Herstellung des Zeitungspapieres erforderlichen Holz zu versorgen hat, nichts an der Tätigkeit der Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe geändert wird. Für Papierverbraucher kommt die neue Reichsstelle nicht in Betracht; alle Zeitungen, Verbrauchsanzeigen usw. sind nach wie vor ausschließlich an die obengenannte Kriegswirtschaftsstelle zu richten.

Stoffliches über das Innungswesen. Nach einer amtlichen Übersicht bestehen im Deutschen Reich insgesamt 50 Innungsverbände. An ihrer Spitze hinsichtlich der Zahl der angehörenden Innungen und Verbandsgenossen einschließlich Einzelmitglieder steht der Zentralverband deutscher Bucherinnungen „Germania“ in Berlin mit 1434 Mitgliederinnungen und 89884 Genossen. In ziemlich bedeutendem Umlage folgt der Verband deutscher Tischlerinnungen in Köln, der 1284 Innungen mit 45474 Genossen als Verbandsmittglieder zählt. An dritter Stelle erscheint der Bund deutscher Schneiderinnungen in Magdeburg mit 424 Innungen und 30054 Genossen. Es folgen sodann der Bund deutscher Barbier-, Friseur- und Perückenmacherinnungen in Berlin mit 485 Innungen und 27186 Genossen, der Bund deutscher Schuhmacherinnungen in Berlin mit 128 Innungen und 13766 Genossen, der Bund deutscher Schmiedinnungen in Berlin mit 354 Innungen und 12913 Genossen, der Innungsverband deutscher Bauwerkmeister in Berlin mit 342 Innungen und 10155 Genossen. Vier ähnlichen anderen Verbänden bzw. Vereinen steht die Zahl der Innungsgenossen unter 10000. An letzter Stelle kommt der Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Innungsverband an der Unterweser in Oestfemünde mit 2 Innungen und 51 Verbandsgenossen.

Von der Gesellschaft für Soziale Reform. Auf einer Ausschußsitzung am 7. Dezember, unter dem Vorsitz des früheren Ministers Freilherrn v. Berlepsch, hat diese größte sozialpolitische Vereinigung Deutschlands vor allem die Neuordnung des Koalitionsrechts, die Frage der

sozialpolitischen Demobilisierung beim Friedensschluß und die künftigen Aufgaben der Sozialpolitik beraten. Die Gesellschaft wird über das Recht der Organisationen im neuen Deutschland vier kleine Schriften an der Hand der Vorarbeiten ihres Studienausschusses herausgeben und außerdem eine Veröffentlichung über die Stellung der Arbeiter im Kriege zusammen mit dem Vorstandsmitglied der Gewerkschaft und Kaufmannsvereine veranstalten. Im Frühjahr 1917 wird die Gesellschaft auf ihrer Hauptversammlung die Aufgaben der Sozialpolitik nach dem Kriege auf Grund der Kriegserfahrungen erörtern. Ferner hat die Gesellschaft auf ihrer Ausschußsitzung zum Geheiß über den vaterländischen Soldatendienst Stellung genommen und erklärt: „Die Gesellschaft für Soziale Reform begrüßt die Organisation des vaterländischen Hilfsdienstes, der alle im Reich noch verfügbaren Kräfte ohne Unterschied nach Stand und Verortung zu einer neuen sehen und wie wir vertrauen, endgültig den Sieg entscheidenden Maßnahme anzuweilt. Die Gesellschaft spricht zugleich die Überzeugung aus, daß die in das Reich aufgenommenen Sicherungen der Lohn- und Rechtsverhältnisse durch gleichberechtigtes Zusammenwirken der Arbeitgeber, Angestellten und Arbeiter sowie ihrer Berufsorganisationen in Betriebs- und Einigungsstellen die friedliche Verständigung zwischen den Parteien des Arbeitsvertrages wesentlich fördern und den Gemeinwohltsdienst von Kapital, Unternehmungsgeist und Arbeit zum Besten der vaterländischen Kriegsvollung besonders erfolgreich gestalten werden.“

Bücherpreise als „historischen“ Holz. Beim Erwerb der Schahspeare-Bibliothek des Bankiers Wiesel war das dazugehörige Bücherregal das Hauptstück. Es war aus dem Eichenholz einer jahrhundertalten Eiche gearbeitet worden, die auf dem Platz der Straßburger Kirche standen, in der Schahspeare gekauft wurde. Was am Umlauf verbrachte Holz entstammt sogar dem Geburtsort des Dichters. In der „Frankfurter Zeitung“ wird nun darauf hingewiesen, daß die Möglichkeit ähnlicher Verwendung sogenannter Erinnerungshölzer sich erweitern ließe, zumal es keinen Nebenberufes kostet und doch geschäftliche Erinnerungen und auch persönliche zulasse. Ein Bibliothekskäufler z. B., der aus Holz bestände, das seinem Belieben in harten Kriegsstunden nahe war, könnte für lange Friedenszeiten der Welt werden, der immer neue Anregung an phychoologischen Betrachtungen zulasse. Wir meinen jedoch, mit der Zeit könnten solche „Erinnerungshölzer“ zum Alltag werden.

„Kriegsstaat.“ Kampfgedichte 1914—1916 von Dr. Franz Dieberich. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin, Lindenstraße 3. Franz Dieberich ist uns als Dichter kein Neuer mehr. Viele seiner Kriegsgedichte sind durch die Arbeiterpresse bekannt geworden; daß sie jetzt in einem Bändchen vereinigt sind, ist daher recht erfreulich. Es ist zwar nur ein Heftchen von 48 Seiten, aber der Wert liegt ja nicht in der Menge. Die Gedichte, von denen die deutschen Arbeiter in dieser Zeit gelebt haben, leben in dieser Zeit. Sie atmen die Zeit der Zeit, aber auch den gläubigen Mut, der seine bauende Kraft für die Zukunft heilt. Davon zeugt ja recht das markvolle Gedicht: „Unter Nachtsicht heilt: Dramatik!“ Es ist eine Erzählung, bei der heuliger Schwammigen Kriegspoesie — auch manches Arbeiterdichters — solche Lebenswahrheit und kraftvolle Gemwand gegeben; es eignet sich gut zu Gedächtniswachen. In harkheim Umschlage kostet es 1,50 Mk., in farbigen Einbände 2 Mk.

Literarisches

„Kriegsstaat.“ Kampfgedichte 1914—1916 von Dr. Franz Dieberich. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin, Lindenstraße 3. Franz Dieberich ist uns als Dichter kein Neuer mehr. Viele seiner Kriegsgedichte sind durch die Arbeiterpresse bekannt geworden; daß sie jetzt in einem Bändchen vereinigt sind, ist daher recht erfreulich. Es ist zwar nur ein Heftchen von 48 Seiten, aber der Wert liegt ja nicht in der Menge. Die Gedichte, von denen die deutschen Arbeiter in dieser Zeit gelebt haben, leben in dieser Zeit. Sie atmen die Zeit der Zeit, aber auch den gläubigen Mut, der seine bauende Kraft für die Zukunft heilt. Davon zeugt ja recht das markvolle Gedicht: „Unter Nachtsicht heilt: Dramatik!“ Es ist eine Erzählung, bei der heuliger Schwammigen Kriegspoesie — auch manches Arbeiterdichters — solche Lebenswahrheit und kraftvolle Gemwand gegeben; es eignet sich gut zu Gedächtniswachen. In harkheim Umschlage kostet es 1,50 Mk., in farbigen Einbände 2 Mk.

geworden; daß sie jetzt in einem Bändchen vereinigt sind, ist daher recht erfreulich. Es ist zwar nur ein Heftchen von 48 Seiten, aber der Wert liegt ja nicht in der Menge. Die Gedichte, von denen die deutschen Arbeiter in dieser Zeit gelebt haben, leben in dieser Zeit. Sie atmen die Zeit der Zeit, aber auch den gläubigen Mut, der seine bauende Kraft für die Zukunft heilt. Davon zeugt ja recht das markvolle Gedicht: „Unter Nachtsicht heilt: Dramatik!“ Es ist eine Erzählung, bei der heuliger Schwammigen Kriegspoesie — auch manches Arbeiterdichters — solche Lebenswahrheit und kraftvolle Gemwand gegeben; es eignet sich gut zu Gedächtniswachen. In harkheim Umschlage kostet es 1,50 Mk., in farbigen Einbände 2 Mk.

Versehiedene Eingänge.

„Für Alle Welt.“ 60. Kriegsjahrgang. 23. Jahrgang. alle 14 Tage erscheint ein Heft zum Preise von 40 Pf. Zu beziehen durch das Deutsche Verlagshaus Bonn & Co. in Berlin, Leipzig und Stuttgart.

Zeitschriften.

H. A. Ihre Anwesenheit ist dem Tarifkommissioner übergeben. Es folgt nach jede Verfügung über die geschäftlichen Verhältnisse. — W. S. in Karlsruhe: 2,45 Mk. — D. P. in Braunschweig: 2 Mk. — G. M. in Weiler: 2,45 Mk. — W. M. in Ludwigsstadt: 2 Mk.

Verbandsnachrichten
Verbandsbüreau: Berlin SW 29, Schumannplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Sturfsitz, Nr. 1191.

Adressenveränderungen.
Gräfenhainichen, Kallerei: Otto Schröder, Paul Gerhardt-Straße 8.
Leib. Kallerei: Hermann Weiland, Grenzstr. 2 II

Zur Aufnahme gemeldet
(Einzendungen innerhalb 14 Tagen an die beigeigte Adresse):
Im Van Nist in Land-Werkstätten 1, der Schweizerdegen Hans Raab, geb. in Albernberg 1894, ausget. dal. 1912; die Seher 2, Johann Kober, aob. in Königswinter 1892, ausget. dal.; waren Kohn Malteher; 3, Joseph Peters, geb. in M. Glöblich 1896, ausget. in Nov 1914; war noch nicht Mitglied. — Emil Albrecht in Köln, Vereinshof 28.

Verammlungskalender.
Magdeburg. Verammlung des Innungsverbandes, den 16. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im „Diamantbräu“, Berliner Straße 14.

Lüchtige Seher
bei höchsten Löhnen stellt sofort ein [462]
Buchdruckerei G. Bentsen,
Berlin SW 29, Bergmannstraße 102.

Junger Seher
findet gute Anfangsstellung bei hohem Lohn.
„Wendtorfer Zeitung“, Wenddorf.

**Alkzidenzseher
Werkseher
Typograph- und
Monotypeseher
Maschinenmeister**
jedoch nur tüchtige Kräfte, werden in dauernde Stellung gesucht. [421]

**Oscar Brandstetter
Leipzig.**

Typographseher
findet in Kleinstadt angenehme Stellung bei hohem Lohn. Seher wird auch angeleitet. [487]
„Wendtorfer Zeitung“, Wenddorf.

**Tüchtiger Maschinenmeister
Tüchtiger Alkzidenzseher**
Gesucht. [428]
C. Grumbach, Leipzig, Alterstraße 14.

Maschinenmeister
möglichst militärfrei, gesucht. Bewerber wollen sich wenden an [477]
Giesecke & Devrient,
Leipzig, Altnberger Straße 12.

**Militärseher
Maschinenmeister**
gesucht. [491]
G. S. Bankauf, Buchdrucker, Bochum.

Zum möglichst baldigen Eintritt suche einen durchaus selbständigen, erfahrenen [490]
Rotationsmaschinenmeister
für 16seitige Frankenhäuser, welcher auch die Stereotypie mit übernimmt, gegen guten Lohn.
Ernst Marks, Mülheim (Rubr.).

Erfahrung militärfreier [498]

Schweizerdegen
gesucht, welcher befähigt ist, einer Druckerlei militären Auftrages vorzuleben. Sicherer Kalibrierer, guter Papierkennner, dauernde Stellung. — Angebots mit Angabe bisheriger Tätigkeit, Zeitungen und Ansprüchen an [498]
Buchdruckerei Elbert, Darmstadt.

Schweizerdegen
oder Maschinenmeister erhält in hohem, neuem Betriebe schöne Stellung bei gutem Lohn. [488]
„Wendtorfer Zeitung“, Wenddorf.

**Rundstereotypseher
Dinotypeseher
Anzeigenseher
Maschinenmeister**
für Schnellpresse werden sofort bei entsprechender Bezahlung eingestellt. [484]
Buchdruckerei „Leipziger Tageblatt“.

Stereotypseher
für rund und hoch gesucht. [459]
„Allgemeine Zeitung“, Chemnitz.

Galvanoplastiker
möglichst militärfrei, gesucht. Bewerbungen erbeten an [476]
Giesecke & Devrient,
Leipzig, Altnberger Straße 12.

Faktor
vollständig militärfrei, 41 Jahre alt, seit langer Zeit in großer Buchdruckerei tätig, gewohnt, einem Personal von 40 bis 50 Mann vorzustehen, in ungeheurer Stellung, wünscht sich zum 1. Februar 1917 zu verabschieden. Off. Angebote mit Gehaltsanfrage an D. Richter, Berlin-Mitte, Erdmannsdorfer Straße 17, erbeten. [485]

**Junger, fleißiger Seher
militärfrei, wünscht Ausbildung an Gesehmacht
Dinotype oder Typograph
in Stuttgart oder Würt. Angeb. an H. Schneider,
Bismarckstraße, Stuttgart, Altnbergerstraße. [486]**

Junger Dinotypmaschinenseher
sucht in Sachsen Stellung. Werte Offerten mit Gehaltsangaben an [495]
G. Alling, Heidenau (Bez. Dresden), Altnberger 18.

**H. MATHAEUS
D. S. S. A. U.
Leipzig, Altnberger Straße 12.**

Verlässliche Werkzeugkasten
sowie sämtliche Werkzeuge für Maschinenmeister
ausgeführt von H. M. Mathaeus, Leipzig-Altnberger-
Werkzeugmaschinenfabrik, Altnbergerstraße 12. Preisliste gratis. [488]

Tüchtige Schriftsetzer

für Hand- und Maschinensatz sucht Aug. Pries, Leipzig, Bräderstraße 59.

Tüchtige Maschinenmeister

für Illustrations- oder auch Plattendruck suchen [474]
Kallberg & Büchling, Leipzig, Täubchenweg 23.

Tüchtiger Maschinenmeister

für Illustrationsdruck gesucht. Aug. Pries, Leipzig, Bräderstraße 59.

Tüchtige Maschinenmeister

in gutbezahlte, dauernde Stellung gesucht. [457]
Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart.

Typographische Vereinigung Leipzig

Sonntag, den 17. Dezember, vormittags pünktlich 10 Uhr: [483]
Besichtigung der Kriegsausstellung (Mehlpfad) mit Führung, Eintrittskarten zu 35 Pf. bei C. Krollsch, Köhnerstraße 41, und bis 10 Uhr vor der Ausstellung, Kassenpreis 50 Pf. Die Karten haben auch andre Tage Gültigkeit.
Der Vorstand.

Graphische Fachklassen

Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein-
druck, Photomechanische Verfahren,
Holzschnitt und Verkatat-Ausbildung.
Prospekte frei. Kunstgewerbeschule
Barmen

Technikum für Buchdrucker

Leipzig-Reudnitz, Einzige bestehende Vereinigung praktischer und theoretischer Ausbildung auf echt kunstgewerblicher Basis im Buchdruckgewerbe. Buchführung, Preisberechnung, Faktur- u. Geschäftsführerarbeiten usw. Meisterprüfungs-kurse

Gutenberghüfen

in Maßstab- oder Eisen-
beimasse zu 20, 25, 30,
2,25, 6, 7, 50, 18, 22, 50 und 36 je nach Größe emp-
fiehlt A. Siegl, München 7.



Teilzahlung

Uhren und Schmucksachen, Photo-
artikel, Sprechmaschinen, Musik-
instrumente, Vaterland, Schmuck,
Spielwaren und Bücher.
Kataloge umsonst u. portofrei liefern
Berlin A. 407,
Jonass & Co., Bells-Milano-Str. 7-10.

Emil Baumgarten

Nach kurzer Krankheit verstarb am
4. Dezember unser langjähriger Mit-
arbeiter und lieber Kollege, der Seher
[496]
Aber 25 Jahre Verbandsmitglied, war
er uns allen ein lieber Freund; wir
werden ihm stets ein ehrendes Andenken
bewahren.
Die Verbandskollegen der
Firma W. Bügenstein, Berlin.

Joseph Heißig

Am 8. Dezember verschied plötzlich durch
Anfallsfall unser lieber Kollege, der Seher
[496]
aus Neustadt (D.-Schl.), im Alter von
43 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Reiße, 11. Dezember 1916.
Ortsverein Reiße,
Bezirksverein Reiße.

Am 12. Dezember verschied nach kurzem,
aber schwerem Leiden unser Kollege, der
Seher [493]

Richard Frenngang
im Alter von 63 Jahren.
Wir werden ihm ein bleibendes An-
denken bewahren.
Die Kollegen der
Klinkhardt'schen Offset, Leipzig.

Am 9. Dezember verstarb plötzlich unser
lieber Kollege, der Seherinvalid [481]

Karl Heinrich
im Alter von 46 Jahren.
Ein ehrendes Andenken wird ihm stets
bewahren
Der Bezirksverein Bromberg.

Durch Granatapfeler verlegt, verstarb
14 Tage nach seiner Verwundung unser
lieber Kollege, der Drucker [486]

August Warschke
aus Breslau, im 37. Lebensjahre.
Am 8. Dezember verschied nach längerem
Leiden unser wertvolles Mitglied, der Seher-
invalid

Adolf Reichelt
aus Breslau, im Alter von 64 Jahren.
44 Jahre dem Verband angehörend,
mehrfach in Vorstandsstellen tätig und
ehrenden Charakter, erkrankte er sich
der allgemeinen Hochachtung der Mitglieder.
Ein dauerndes, ehrenvolles Andenken
werden wir beiden Dahingewandenen be-
wahren.
Ortsverein Breslau.

Am 8. Dezember verschied nach langem,
schwerem Leiden unser lieber Sangesbruder,
der Seherinvalid [468]

Adolf Reichelt
im Alter von 64 Jahren.
Mit Liebe und Eifer hat der Verstorbene
seit Gründung des Vereins seine Kräfte
demselben zur Verfügung gestellt, bis er
durch seine schwere Krankheit daran ver-
hindert wurde.
Uns allen war er ein Vorbild festen
Eifers und Pflichterfüllung. Wir werden
ihm auch über das Grab hinaus ein
ehrendes Gedenken bewahren.
Breslau, 10. Dezember 1916.
Verein „Gutenberg“.

Dem Völkerringen fielen weiter folgende
Kollegen zum Opfer: [494]

Wilhelm Rau
Seher aus Düsseldorf, 21 Jahre alt;
Heinrich Erbar
Seher aus Düsseldorf, 24 Jahre alt;
Eduard Obels
Seher aus Düsseldorf, 24 Jahre alt.
Sobann verstarb der Kollege
Peter Klein
Drucker aus Düsseldorf, 26 Jahre alt.
Wir werden den lieben Verstorbenen
ein ehrendes Andenken bewahren.
Bezirksverein Düsseldorf,
Maschinenmeisterverein Düsseldorf.

Am 6. Dezember verstarb unser lieber
Kollege, der Seher [467]

Heinrich Rauch
aus Seddernheim, 59 Jahre alt.
Den Tod auf dem Kriegsschauplatz erlitt
am 16. September unser lieber Kollege,
der Drucker
Georg Faulstich
aus Feldenberg, 31 Jahre alt.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Bezirksverein Frankfurt a. M.

Dem Weltkrieg fiel aus unsern Reihen
weiter zum Opfer der Schweizerdegen

Rudolf Schlenzdorf
Inhaber der Rosen-Kreuz-Medaille
aus Rudolfsbad. [492]
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Ortsverein Rudolfsbad.

Als erstes Kriegsoffer aus unsern Reihen
verstarb infolge schwerer Verwundung in
einem Kriegslazarett am 25. November
unser lieber langjähriger Nebenkollege

Wilhelm Krimling
aus Olfen, im 36. Lebensjahre.
Sein Andenken werden in Ehren halten
Die Maschinenmeister der
Buchdruckerei S. D. Perleth, Hamburg.

Den Heldentod auf dem Schlachtfeld
erlitt der Seherkollege [444]

Ludwig Schumpp
aus Karlsruhe, im Alter von 20 Jahren.
Wir verlieren in ihm einen jungen und
braven Kollegen, dem wir ein dauerndes
Andenken bewahren werden.
Ortsverein Karlsruhe,
Die Kollegen der G. Braun'schen Hof-
buchdruckerei, Karlsruhe.

Ein weiteres Opfer des Kriegs wurde
unser lieber Kollege [471]

Robert Hferreich
aus Oldenburg, zuletzt in Nordenham
konfessionierend.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Bezirksverein Weser-Elbe.

Am 16. November fiel bei einem Sturm-
angriff unser lieber Kollege, der Seher

Robert Hferreich
aus Oldenburg i. Gr., 19 Jahre alt.
Wir werden dem jungen, strebsamen
Kollegen ein ehrendes Andenken bewahren.
Ortsverein Nordenham.

Übermals haben wir durch den Krieg
den Verlust eines lieben Kollegen zu be-
klagen. Am 22. November fiel durch
Schrappnellstich der Seher [480]

Hugo Niesler
Unteroffizier in einem Inf.-Reg.
im 33. Lebensjahre.
Sein lebenswürdiges, kollegiales Wesen,
sein ruhiger und aufrechter Charakter
sichern ihm ein bleibendes Andenken.
Die Verbandsmitglieder der Firma
Oscar Brandteller, Leipzig.

Bei den letzten Kämpfen hat unser lieber
Kollege, der Seher [448]

Fritz Zappe
sehr junges, hoffnungsreiches Leben lassen
müssen, und am 14. November raffte die
heimtückliche Tuberkulose unsern braven
Kollegen, den Drucker
Bruno Schulz
in der Blüte seiner Jahre dahln.
Zwei Kollegen von lebenswürdigem
Charakter und freiem Pflichtgefühl sind
aus unserm Mitte gerissen, deren Andenken
uns stets in Ehren bleiben wird.
Das Personal
der Buchdruckerei Otto Eisner, Berlin.

Übermals beklagen wir den Ver-
lust eines uns lieb gewordenen Mit-
glieds, des Sehers [473]

Paul Münchau
welcher am 11. November einer Bauch-
quetschung erlag.
Auch ihm werden wir ein ehren-
des Andenken bewahren.
Das Gesamtpersonal der Druckerei
R. Boll, Berlin.

Den Heldentod für das Vaterland fand
am 7. Oktober unser lieber Kollege, der Seher

Hans Schlüter
Inhaber des Eisernen Kreuzes
aus Kiel, im 24. Lebensjahre. [472]
Wir werden sein Andenken in Ehren
halten.
Mitgliedsschaft Kiel.

In den letzten Kämpfen fiel am 16. No-
vember unser lieber Kollege, der Seher

Anton Koenen
Jäger in einem Jägerregiment zu Pferde
geboren in Goch.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Bezirksverein Wesel.

Als drittes Opfer unsres Ortsvereins
erlitt am 16. November den Tod für sein
Vaterland der Seher [445]

Anton Koenen
im Alter von 23 Jahren. Wir verlieren in
dem gefallenen Kollegen einen braven und
freuen Mitstreiter unsrer Sache.
Sein Andenken wird in Ehren halten
Ortsverein „Typographia“ Goch (Rhd.).

Als weitere Opfer des Weltkriegs ver-
loren wir folgende brave Kollegen und
langjährige Mitglieder, die Vorkämpfer:

Wilhelm Kaiser
(Fa.: Mosse) 37 Jahre alt;
Otto Lanzemberger
(Fa.: Mosse) 38 Jahre alt;
Willi Rosemann
(Fa.: Mergenthaler) 37 Jahre alt.
Vestherer war Mitbegründer und un-
unterbrochen Mitglied des Vereins seit
dem Jahre 1900. [447]
Wir werden das Andenken der Ver-
schiedenen dauernd in Ehren halten.
Brandenburgischer Maschinensetzerverein
(Sitz Berlin).

Wiederum hat unser Bezirk vier Opfer
des Weltkriegs zu verzeichnen, womit die
Gesamtzahl jetzt auf 25 Kollegen ist:

Ernst Krüßfeld
Seher aus Neustadt a. S., 38 Jahre alt;
Johann Guzinski
Seher aus Posen, 23 Jahre alt;
Wilhelm Galisch
Seher aus Laer-Böschung, 22 Jahr alt;
Walter Hugo
Seher aus Wefter (Aubr), 20 Jahre alt.
Das Andenken dieser braven, allseits
beliebten Mitglieder werden wir stets in
Ehren halten.
Bezirksverein Bochum.

Ein weiteres Opfer des Weltkriegs
wurde unser lieber Kollege, der Seher

Jean Guzinski
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Ortsverein Herne i. W.

Ein weiteres Opfer des großen Völk-
rings haben wir durch den Verlust
unsers lieben Kollegen [484]

Wilhelm Gallisch
aus Laer bei Bochum zu beklagen. Im
Alter von 22 Jahren wurde derselbe dahln-
gerafft. Wir werden sein Andenken in
Ehren halten.
Die Kollegen des
„Bochumer Anzeigers“, Bochum.